

Prof. Dr. Frank Bajohr

Zentrum für Holocaust-Studien am Institut für Zeitgeschichte, München

Opa war kein Profiteur? Zum gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Umgang mit der „Arisierung“

Mit der Einweihung des Arisierungs-Mahnmales haben die Stadt Bremen und ihre Bürgerinnen und Bürger heute auf eindrucksvolle Weise erinnerungskulturelles Neuland betreten, kann sich Bremen einer Pioniertat rühmen, die hoffentlich bald zahlreiche Nachahmer finden wird. Zwar blickt Deutschland heute auf eine lang anhaltende, kritische Auseinandersetzung mit seiner NS-Vergangenheit zurück, die vor allem im internationalen Vergleich nahezu einzigartig dasteht. Jedenfalls dann, wenn man die Aufarbeitung der NS-Verbrechen hierzulande mit der des Genozids an den Armeniern in der heutigen Türkei oder der japanischen Kriegsverbrechen in China vergleicht, die im heutigen Japan kaum eine Rolle spielen, wo man sich am Hiroshima-Gedenktag immer noch gern als Opfer inszeniert. Bei näherem Hinsehen kann die eindrucksvolle deutsche Erinnerungskultur jedoch kaum verbergen, dass sie vergleichsweise selektiv ausgerichtet ist. Öffentliche Debatten um die NS-Zeit kreisen in Deutschland oft um NS-Belastungen und Parteimitgliedschaften einzelner Persönlichkeiten aus den politischen und gesellschaftlichen Eliten. Die Erinnerungskultur im engeren Sinne ist seit den 1990er Jahren vor allem dem Gedenken an NS- und Holocaust-Opfer verpflichtet. Man kann hier zweifellos von einer zentralen Errungenschaft der deutschen Erinnerungskultur sprechen, weil NS-Verfolgte in der öffentlichen Erinnerung der Nachkriegszeit kaum eine Rolle gespielt hatten. Allerdings schließt heute die öffentliche Erinnerung an NS-Opfer nur selten jene ein, die sie zu Opfern machten bzw. an der Ausgrenzung der Opfer teilhatten. Auch deswegen steht das Bremer Arisierungs-Mahnmal, fast einzigartig dar, weil es an die NS-Opfer erinnert, aber zugleich den Blick auf zahlreiche Beteiligte und Profiteure richtet. Denn beim Blick auf Belastete einerseits und NS-Verfolgte andererseits spielt vor allem die breite Masse der Gesellschaft oft keine Rolle. Das „Mitmachen“ der Bevölkerung in der NS-Zeit zu erklären, diese Aufgabe delegiert die deutsche Erinnerungskultur bis heute fast ausschließlich an die Historikerinnen und Historiker.

Die so genannte „Arisierung“ jüdischen Eigentums in der NS-Zeit – zugleich einer der größten Besitzwechsel der neueren deutschen Geschichte - bietet dafür ein prägnantes Beispiel. In den ersten fünf Jahrzehnten nach 1945 waren zu diesem Thema lediglich zwei Studien erschienen: Die von Helmut Genschel über die zentralen Institutionen und Akteure der „Arisierung“ in den 1960er Jahren, und die unseres israelischen Kollegen Avraham Barkai in den 1980er Jahren, der die Verdrängung und wirtschaftliche Existenzvernichtung der Juden vor allem aus der Perspektive der Betroffenen analysierte. Erst seit den 1990er Jahren hat sich die „Arisierung“ zu einem veritablen Forschungsfeld entwickelt. Seitdem boomen einerseits die Lokal- und Regionalstudien, die das Phänomen nicht zuletzt in quantitativer Hinsicht immer umfassender und detaillierter untersucht haben. Dabei dominieren Untersuchungen über Großstädte.

Andererseits ist das Thema „Arisierung“ in zahlreichen Studien zu einzelnen Firmen und Großunternehmen behandelt worden, in Projekten, bei denen oft multinational agierende Unternehmen Historiker-Kommissionen eingesetzt oder entsprechende Mittel für die Aufarbeitung der Firmengeschichte bereitgestellt haben. Die dabei behandelten Fälle sind jedoch nicht unbedingt repräsentativ für das Gesamtgeschehen, weil viele jüdische Unternehmen keine Großunternehmen gewesen waren, sondern eher dem mittelständischen Sektor angehört hatten. Und noch weniger Aufmerksamkeit hat eine Sonderform der „Arisierung“ erhalten, nämlich die massenhafte öffentliche Versteigerung jüdischen Besitzes an die deutsche Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg. Diese wies zugleich manche Parallelen zu ähnlichen Aktionen in den besetzten (ost-)europäischen Ländern auf, wo jüdischer Besitz ebenfalls an die nichtjüdische Bevölkerung verteilt und versteigert wurde.

Was die wissenschaftliche Aufarbeitung des Themas „Arisierung“ betrifft, übrigens auch deren Nachgeschichte in Gestalt von Entschädigung und Restitution, kann man insgesamt von einem befriedigenden Kenntnisstand sprechen. Im Gegensatz dazu fehlen jedoch Erinnerungsmarken an die „Arisierung“ im öffentlichen Raum. Die Stiftung „Zurückgeben“ bildet hier ebenso eine rühmliche Ausnahme wie das heute eingeweihte Arisierungs-Mahnmal, das hoffentlich in Zukunft weitere Aktivitäten inspirieren wird.

Warum ist vor allem an die öffentliche Versteigerung jüdischen Besitzes nur sehr zögerlich erinnert worden? Dies hängt nicht zuletzt mit der Wiedergutmachungs- und

Restitutionspraxis nach 1945 zusammen. Wer ein Grundstück oder ein Unternehmen aus jüdischem Besitz erworben hatte, war nach den alliierten Rückerstattungsgesetzen verpflichtet, diesen Erwerb anzuzeigen. Für die bewegliche Habe aus jüdischem Besitz galt diese Verpflichtung nicht in gleichem Maße. Stattdessen übernahm die Bundesrepublik als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches diese Verantwortung und zahlte ehemaligen Besitzern oder den Nachfahren von Ermordeten den erzielten Versteigerungserlös einschließlich eines Zuschlages – sofern denn Ansprüche überhaupt geltend gemacht worden waren. Diese Regelung befreite Erwerber, die bewegliche Habe von Juden zu günstigen Konditionen erworben hatten, nicht nur von der Rückgabepflicht, sondern auch von jeder persönlichen Auseinandersetzung mit ihrem eigenen Handeln, auch von jeder Gewissenserforschung. Auf diese Weise konnten die Vorgänge in den Kriegsjahren sehr leicht vergessen und verdrängt werden.

Nun wäre es zweifellos schwierig gewesen, bewegliche Habe in großem Umfang zurückzuerstatten. Wie schwierig dies bis heute ist, zeigt das Kapitel der so genannten Raubkunst oder geraubter Bücher, die erst nach langwierigen Provenienzforschungen – und dann auch eher sporadisch – zu tatsächlichen Rückgaben geführt haben. Im Falle geraubter Bücher ist die Stadt Bremen ebenfalls Pionier gewesen, identifizierte die Staats- und Universitätsbibliothek Bremen in ihren Beständen bereits in den 1990er Jahren rund 1500 Bücher aus sogenannten "Judenauktionen" und gab sie teilweise ihren rechtmäßigen Besitzern zurück. Übrigens bevor sich die Bundesrepublik Deutschland in der Washingtoner Erklärung zu entsprechenden Bemühungen verpflichtet hatte.

Die wahren Gründe für die unerwünschte Rückgabe nach 1945 waren jedoch politischer Natur. Es war politisch ausdrücklich nicht gewollt, dass sich Millionen Deutsche nach 1945 ihren Erwerbungen stellen sollten. Selbst die Restitution von Unternehmen und Grundstücken stieß damals auf breite gesellschaftliche Ablehnung und musste den Deutschen seitens der Alliierten regelrecht aufgenötigt werden. Auch diese Restitutionsverfahren führten in nur wenigen Fällen zu einer tatsächlichen Rückgabe und endeten meist mit einem Vergleich zwischen ehemaligen jüdischen Eigentümern bzw. ihren Nachfahren und den nichtjüdischen Erwerbern. Letztere kamen meist mit Ausgleichszahlungen günstig davon und profitierten nicht zuletzt von der Abwertung von Reichsmark zu D-Mark im Verhältnis von 10:1.

Auf diese Weise bestätigte die Restitution oftmals die Ergebnisse der vorangegangenen „Arisierung“ und beförderte insgesamt deren Vergessen. So blieb nach 1945 oft im Dunkeln, welchen Umfang vor allem die Versteigerungen beweglicher Habe in den Kriegsjahren angenommen hatten. Zu dieser versteigerten Habe gehörte beispielsweise der Besitz deportierter deutscher Juden, die ihre restliche Habe kurz vor der Deportation an das Deutsche Reich abtreten mussten. Sie wurden anschließend von Finanzbeamten in den sogenannten Vermögensverwertungsstellen der Oberfinanzdirektionen zu Geld gemacht, teilweise auf offener Straße verkauft. Schon vor Beginn der reichsweiten Deportationen hatte es, wie unzähligen Anzeigen in den Zeitungen zu entnehmen war, öffentliche Versteigerungen einzelner jüdischer Wohnungseinrichtungen gegeben. In den Hafenstädten Bremen und Hamburg stapelte sich ab 1939 das Umzugsgut emigrierter Jüdinnen und Juden, das nach Kriegsbeginn nicht mehr verschifft werden konnte. In Bremen lagerten rund 1000, in Hamburg mehr als 4000 containerähnliche Behälter, die im behördlichen Schriftverkehr oftmals als „Judenkisten“ bezeichnet wurden. Ab 1940 beschlagnahmte die Gestapo dieses Umzugsgut und führte sie Auktionatoren und Gerichtsvollzieher zur Versteigerung zu. Die Erlöse wurden zugunsten des Deutschen Reiches auf entsprechende Konten eingezahlt. Dank entsprechender Forschungsprojekte des Deutschen Schiffahrtsmuseums in Bremerhaven sind wir über die Praxis dieser Versteigerungen sehr gut informiert, und die nun online gestellte Datenbank LostLifts trägt hoffentlich dazu bei, dass einzelne Stücke den Nachfahren der einstigen Besitzer zurückgegeben werden können. Dabei kamen nicht nur Möbel und Einrichtungsgegenstände unter den Hammer. Im Umzugsgut der in die Emigration Gedrängten befanden sich nicht selten wertvolle Gemälde, Büchersammlungen und Kunstgegenstände, an denen sich nicht nur Privatleute, sondern auch Museen, Bibliotheken und öffentliche Einrichtungen bereicherten. Wem alle diese Dinge gehört hatten, war kein Geheimnis. Große Zeitungsartikel in der Presse wiesen die sogenannten Volksgenossen ganz offen auf die „Judenkisten“ hin, wobei Bombengeschädigten ein besonderes Zugriffsrecht eingeräumt wurde. Allerdings öffneten sich die Versteigerungen sehr schnell für die Gesamtbevölkerung, ging es bei den Versteigerungen nicht zuletzt darum, die sogenannte Heimatfront sozialpolitisch ruhigzustellen, um Unruhe und Unzufriedenheit zu vermeiden. Aus Sicht der Nationalsozialisten war der Erste Weltkrieg vor allem durch Aufruhr in der Heimat verloren worden, die dem angeblich im Felde unbesiegten Heer in den Rücken gefallen sei. Gemäß

dieser Interpretation der Kriegsniederlage sollte nun ein zweiter November 1918 unter allen Umständen verhindert werden. Auch deshalb bewegte sich die soziale Versorgung der deutschen Bevölkerung im Krieg auf einem Niveau, das von keiner anderen kriegführenden Nation erreicht wurde, auch deshalb wurde die Arbeitskraft der Frauen niemals in einer Weise ausgeschöpft wie noch im Ersten Weltkrieg. Die Ehefrau eines zur Wehrmacht eingezogenen Soldaten erhielt im Schnitt mehr als 70% von dessen Nettolohn als Unterhalt. In Großbritannien betrug dieser Satz gerade einmal die Hälfte, nämlich 38,1%, in den USA 36.7%.

Wie wichtig den Nationalsozialisten die Pazifizierung der Heimatfront war, zeigte sich bei der wohl größten Requirierungsaktion jüdischen Besitzes in Europa, der „M-Aktion“, in deren Rahmen die Habe aus rund 250.000 jüdischen Haushalten ab 1942 ins Reichsgebiet verbracht und öffentlich an die Bevölkerung versteigert wurde. Federführend wirkte hier der Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg, eine ursprünglich auf den Raub von Kunst und Kulturgütern spezialisierte Organisation. Eigentlich sollten die von ihr beschlagnahmten jüdischen Wohnungseinrichtungen zur Ausstattung deutscher Dienststellen im besetzten Europa verwendet werden, doch verschob der wachsende Bombenkrieg die Prioritäten ab 1942 schließlich zugunsten der Zivilbevölkerung in Deutschland. Dennoch orientierten sich die Zielorte der M-Aktion keineswegs allein an besonderen Belastungen durch den Bombenkrieg. Denn sonst wäre es nicht erklärbar, warum allein mehr als 3000 Eisenbahnwaggons mit jüdischem Besitz nach Delmenhorst verbracht wurden, das vom Bombenkrieg kaum betroffen war.

Für den NS-Staat bedeutete die M-Aktion und die gesamte organisierte Versteigerung jüdischen Besitzes eine logistische und organisatorische Herausforderung, die er ohne entsprechende Unterstützung nicht hätte bewältigen können. Jüdischer Besitz wurde zunächst in Sammellagern konzentriert, dort mit Hilfe von jüdischen Zwangsarbeitern sortiert, die der SD zur Verfügung gestellt hatte, und schließlich in zahllosen Transporten ins Reichsgebiet geschafft. Dabei spielten Logistikfirmen wie Kühne & Nagel eine ebenso wichtige wie unrühmliche Rolle. Angesichts dieser massiven Verstrickung ist es deshalb mehr als beschämend, dass das Unternehmen Kühne & Nagel bis heute nicht den geringsten Beitrag zur Aufklärung dieses Teils der Firmengeschichte geleistet hat. Insgesamt hatte sich rund um die Versteigerungen ein Netzwerk der Verwertung konstituiert. Es bestand aus Speditionen und Logistikunternehmen, Hafengesellschaften, der Reichsbahn, Finanz- und

Zollbehörden, Auktionatoren und Gerichtsvollziehern, Treuhändern und sogenannten Abwesenheitspflegern, der Gestapo und dem Sicherheitsdienst der SS sowie NS-Institutionen wie dem Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg. Neben den Logistikunternehmen und NS-Institutionen waren vor allem staatliche Behörden in die Versteigerungen involviert, und die im amtlichen Auftrag tätigen Versteigerer, Finanzbeamten und Gerichtsvollzieher suggerierten der interessierten Bevölkerung, dass es sich bei den angebotenen Gegenständen quasi um Staatseigentum handelte: eine Illusion, die mithilfe mögliche moralische Bedenken nicht aufkommen zu lassen. Auch die großen Menschenmengen bei den Versteigerungen trugen dazu bei, individuelle Bedenken zu zerstreuen: Man tat ja nur das, was alle anderen auch taten. Die wenigen vorhandenen Fotoserien von den Versteigerungen – zum Beispiel aus Lörrach 1940 – zeugen angesichts der demonstrativ in die Kamera grinsenden Volksgenossinnen und Volksgenossen insgesamt eher von Volksfeststimmung und Schnäppchenjagd.

Ehemalige Versteigerer erklärten nach 1945, dass die Gegenstände aus jüdischem Besitz "meist zu Schleuderpreisen weggegangen" seien und insbesondere bei "Wertgut" wie Möbeln, Teppichen und Pelzen eine erhebliche Diskrepanz zwischen ihrem tatsächlichen Wert und dem Erlös bestanden habe.

Es ist aus der Rückschau nicht immer leicht, Motive und Gefühlslagen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu ergründen. Bei näherem Hinsehen zeigte sich, dass sich die Deutschen insgesamt nicht ganz so homogen und monolithisch verhielten, wie es manche Fotodokumente suggerieren. Auf diesen sind ja jene nicht zu sehen, die den Versteigerungen ferngeblieben waren.

Wichtige Einsichten in diese Problematik verdanken wir der Ethnologin Franziska Becker, die Ende der 1980er Jahre in einer Pionierstudie Einwohner der schwäbischen Landgemeinde Baisingen interviewt hatte. Letztere hatte bei der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 zu einem Drittel aus jüdischen Einwohnern bestanden. Nach deren Deportation war ihr gesamter Besitz auf offener Straße an die nichtjüdischen Nachbarn versteigert worden. Minutiös ging Becker damals den Erinnerungspuren und Verdrängungen dieses Vorgangs nach und legte eine weit verbreitete moralische Indifferenz frei. Diese Indifferenz sei nach Franziska Becker durch Armut und eine materialistische Mentalität gefördert worden, "die traditionell wenig Sensibilität für Zwischenmenschliches oder moralische Vorbehalte zuließ".

Dabei kristallisierten sich im Hinblick auf die öffentliche Versteigerung jüdischen Besitzes vor allem vier Verhaltensweisen der Bevölkerung heraus.

Da gab es jene, die die Versteigerung gar nicht abwarten konnten und die Finanzbehörden schon im Vorfeld der Deportationen bedrängten, ihnen bestimmte Gegenstände zu überlassen. So bekundete ein Herr B. gegenüber dem Finanzamt ein erhebliches Interesse an der Schlafzimmereinrichtung seiner jüdischen Nachbarin, Frau Stern, insbesondere sei er "Liebhaber für die dazugehörigen Matratzen. Soviel ich erfahren konnte, soll die noch in Baisingen wohnende Jüdin Stern Mitte des Monats dort wegkommen." Manche besaßen die kaum glaubliche Skrupellosigkeit, bei jüdischen Nachbarn selbst - unmittelbar vor deren Deportation - vorstellig zu werden. Auch die Finanzbeamten gehörten in aller Regel zu denjenigen, die sich schon im Vorfeld der Versteigerungen bedienten, zum Beispiel bei Büromöbeln, mit denen bevorzugt die Diensträume der Finanzverwaltung ausgestattet wurden.

Eine zweite Gruppe, die einen erheblichen Teil der Ortsbewohner ausmachte, nahm an den Versteigerungen teil, weil sie ihnen Gelegenheit bot, begehrte und knappe Haushaltsgegenstände für ein Minimum ihres Wertes günstig zu erwerben: Zitat aus einem Interview: "Und da sind schöne Sach' rausgekommen. Hauptsächlich schöne Leinwand und Sach'. Haben schöne Wäsch' gehabt, konnten doch nicht alles mitnehmen. Und Geschirr. Die Juden haben ja viel schönes Geschirr gehabt". Diese "Schnäppchenjäger" aus der Bevölkerung wurden zwar vor allem von materieller Gier angetrieben, waren jedoch auch von gemischten Gefühlen bewegt. So berichtete die Autorin Franziska Becker, dass während der Versteigerungen das Stoßgebet "Lieber Gott, wenn die Juden heut noch mal kämen..." gesprochen wurde. Darin kam einerseits ein unterschwelliges schlechtes Gewissen in Form einer Bestrafungserwartung zum Ausdruck. Andererseits deutete das Stoßgebet das moralische Verstrickungspotential der Versteigerungen an, denn es transportierte ja ebenso die Hoffnung, dass die Juden nicht wiederkommen mögen. Wer sich an jüdischem Eigentum bereichert hatte, wollte von den ehemaligen Eigentümern weder zur Rechenschaft gezogen noch regresspflichtig gemacht werden können.

Wohl auch deshalb hielt sich eine dritte Gruppe von Dorfbewohnern bewusst von den Versteigerungen fern. Das eigene schlechte Gewissen wog schwerer als die Aussicht auf materiellen Gewinn. Zitat: "Da hab ich zu meiner Mutter gesagt, sie soll auch gehen und

Sach' holen. Da hat sie gesagt, nein, nein, sie könnt da nix brauchen, da könnt sie nicht drin schlafen, da hätt' sie keine Ruh' mehr. So hat's auch Leute gegeben."

Eine vierte und letztlich kleinste Gruppe der Dorfbevölkerung nahm zwar ebenfalls an den Versteigerungen teil, hegte aber keine Bereicherungsabsichten. Ihnen ging es ausschließlich darum, ein kleines Erinnerungsstück an einen ehemaligen jüdischen Nachbarn oder Bekannten zu erwerben.

Solche Erwerber traten – wenn überhaupt - nur in kleinen Gemeinden wie Baisingen auf, wo der Zusammenhang zwischen den Gegenständen und ihren vormaligen Besitzerinnen und Besitzern nicht durch eine trügerische Anonymität zerrissen war, wo man Gegenstände einzelnen Personen relativ genau zuordnen konnte. In den Großstädten war dies faktisch ausgeschlossen. Doch auch hier zeigten sich spezifische Differenzierungen im Verhalten der Bevölkerung, wie die Lebenserinnerungen der Hamburger Bibliothekarin Gertrud Seydelmann andeuten. Sie schrieb über die Versteigerungen in ihren Lebenserinnerungen: "Ich spüre noch heute, was ich damals dachte: 'Was wird eines Tages mit uns geschehen, die wir das alles verschuldet haben.' Wir hatten noch keine Versorgungsnöte. Noch rollten ja aus dem ganzen, von uns überfallenen und ausgeplünderten Europa die geraubten oder mit wertlosem Papiergeld bezahlten Güter auf uns zu. Noch wurden ja unsere Lebensmittelkarten, Kleiderkarten, Schuhbezugscheine korrekt eingelöst. Noch brachten die Männer auf Urlaub aus den besetzten Gebieten Fleisch, Wein, Textilien, Tabak nach Hause. Noch lagen im Hafen die Schiffe mit dem beschlagnahmten jüdischen Eigentum aus Holland (..) .Auch ich wurde aufgefordert, mich im Hafen mit Teppichen, Möbeln, Schmuck und Pelzen einzudecken. Es war das geraubte Eigentum holländischer Juden, die – wie ich nach dem Krieg erfahren sollte - schon in die Gaskammern abtransportiert waren. Ich wollte damit nichts zu tun haben. Aber selbst in meiner Ablehnung musste ich bei den primitiven, sich raffgierig bereichernden Menschen, insbesondere bei den Frauen, vorsichtig sein. Ich durfte meine wahren Gedanken nicht ausdrücken. Nur einige, nicht so euphorische Frauen, von denen ich wusste, dass ihre Männer gestandene Sozialdemokraten waren, konnte ich vorsichtig beeinflussen, indem ich sie aufklärte, woher diese Schiffsladungen voll bester Haushaltsgegenstände kamen und ihnen das alte Sprichwort sagen: 'Unrecht Gut gedeihet nicht.' Und sie richteten sich danach."

Wie schon erwähnt, ging von der Teilnahme an den Versteigerungen eine sublimale Bindungswirkung an die NS-Judenverfolgung aus, hatten Erwerberinnen und Erwerber kein Interesse daran, dass Juden wiederkommen und Rückgabebeforderungen stellen konnten. Von den NS-Machthabern waren solche Bindungswirkungen ausdrücklich gewollt, sollten doch Enteignung und Massenmord keine reinen Staatsverbrechen bleiben, sondern auch die Gesellschaft einbinden. Zwar hatte die NS-Führung befriedigt registriert, dass die Mehrheit der Deutschen nach 1933 keine grundsätzlichen Einwände gegen die Judenverfolgung erhoben hatte. Wenn es jedoch um den Massenmord ging, traute die NS-Führung der deutschen Bevölkerung nicht über den Weg. In einer entscheidenden Phase der Radikalisierung des Holocaust, am 18. Dezember 1941, formulierte Propagandaminister Goebbels dieses Misstrauen wie folgt in seinem Tagebuch: „Ich bespreche mit dem Führer die Judenfrage. Der Führer ist entschlossen, hier weiterhin konsequent vorzugehen und sich nicht durch bürgerliche Sentimentalitäten aufhalten zu lassen. [...] Im übrigen haben die bürgerlichen Schlappmeier immer neue Entschuldigungen, um die Juden zu schonen. [...]. Der deutsche Intellektualismus und die deutsche Gesellschaft sind dem Juden gegenüber völlig instinktlos. Ihre Wachsamkeit ist nicht geschärft. Es ist also notwendig, dass *wir* dieses Problem lösen, da es wahrscheinlich, wenn es ungelöst bleibt, nach unserem Tode die verheerendsten Folgen nach sich ziehen wird.“ Weil die Deutschen zu weich und sentimental seien – so Goebbels – müsse die NS-Führung beim Massenmord entschlossen vorangehen. Umso notwendiger war es jedoch, den Holocaust propagandistisch zu flankieren und die Bevölkerung in diesen einzubinden, um auf diese Weise die Bevölkerung an die NS-Herrschaft zu binden. Denn - so das Kalkül der NS-Führung – war den Deutschen erst einmal der Rückzug verbaut, würden sie sich umso stärker mit der nationalsozialistischen Herrschaft identifizieren und umso "fanatischer" um den so genannten "Endsieg" kämpfen. Propagandaminister Goebbels kleidete diese Absicht in die Metapher von der Brücke, die die NS-Bewegung und das deutsche Volk hinter sich abgebrochen hätten. Er notierte im März 1943 in seinem Tagebuch:

"Vor allem in der Judenfrage sind wir ja so festgelegt, dass es für uns gar kein Entrinnen mehr gibt. Und das ist auch gut so. Eine Bewegung und ein Volk, die die Brücken hinter sich abgebrochen haben, kämpfen erfahrungsgemäß viel vorbehaltloser als die, die noch eine Rückzugsmöglichkeit besitzen." Goebbels hätte auch schreiben können: Nach dem Zivilisationsbruch gibt es eben kein Zurück mehr. Schon zwei Jahre zuvor hatte Goebbels

kurz vor dem Überfall auf die Sowjetunion in entwaffnender Offenheit bekannt: „Wir haben sowieso so viel auf dem Kerbholz, dass wir siegen müssen.“ Anfang 1945 stellte das SS-Organ "Das Schwarze Korps" höhnisch fest: "Es gibt in Deutschland wirklich keine 'Unschuldigen'", und warnte indirekt die deutsche Bevölkerung, aus dem Nationalsozialismus auszusteigen und sich den Alliierten als unbeteiligte "Unschuldslämmer" darzubieten, die noch kurz zuvor - so das Schwarze Korps - "keine Bedenken trugen, Judengeschäfte zu arisieren." Deshalb verwundert es nicht, wenn ein jüdischer Kaufmann, der die NS-Herrschaft in einer "privilegierten Mischehe" überlebte, Anfang 1945 registrierte, dass ein Teil der Bevölkerung dem kommenden Sieg der Alliierten mit großen Befürchtungen entgegenschau. Er notierte in seinem Tagebuch, "dass viele, die jüdische Wohnungen und jüdische Sachen übernommen hatten, heute allergrößte Angst haben, die Juden könnten wiederkommen, ihr Eigentum zurückfordern und die Leute noch wegen Raub und Diebstahl zur Rechenschaft ziehen." In ähnlicher Weise hatte sich Ende 1944 ein junger Geschäftsmann in Aachen gegenüber dem amerikanischen Offizier Saul Padover geäußert: "Mindestens achtzig Prozent der Deutschen haben gegen die Juden gesündigt, nicht aus Überzeugung, sondern aus Eigennutz, der schlimmsten Sünde. Jetzt plagt sie das Gewissen, und sie haben Angst."

Mögen im Hinblick auf die achtzig Prozent auch einige Zweifel angebracht sein, so scheinen mir die in diesen Zitaten angedeuteten Bestrafungsängste in der Endkriegsphase zweifellos die Einstellung jener gekennzeichnet zu haben, die aus der Ausplünderung der Juden persönliche Vorteile gezogen hatten. Solche Ängste führten nach 1945 jedoch keineswegs zu tätiger Reue und bekundeter Einsichtsfähigkeit. Sie erzeugten vielmehr einen so großen Rechtfertigungsdruck, dass nahezu jeder bestrebt war, das eigene Verhalten von den in ihrer Monströsität jetzt öffentlich diskutierten Verbrechen hermetisch zu trennen. Dadurch wurde es möglich, sich abstrakt von der "nationalsozialistischen Gewaltherrschaft" zu distanzieren, die eigene Verstrickung und Beteiligung jedoch hartnäckig zu leugnen, in der Regel mit der Bemerkung, "es" nicht gewusst zu haben und ersteigerte Gegenstände „ordnungsgemäß“ und „vom Staat“ erworben zu haben, wie es viele Einwohner Baisings gegenüber der Autorin Franziska Becker formulierten. Nicht selten wurden die vergangenen Ereignisse sogar antisemitisch gedeutet. Als einige wenige überlebende jüdische Bürger Baisings nach 1945 Rückerstattungsansprüche erhoben, kommentierte dies eine Einwohnerin mit den Worten: „Ich sag ja: Jud ist Jud, und Jud bleibt Jud, da gibt's nix“. Hier mokierte sich eine

Diebin über den Rückgabeanspruch von Bestohlenen, und die eigene Raffgier wurde in Täter-Opfer-Verkehrung antisemitisch auf die Geschädigten projiziert.

Auch deshalb dauerte es viele Jahrzehnte, ehe sich die deutsche Öffentlichkeit den Ereignissen der Vergangenheit zuwandte – und Initiativen wie das Bremer Arisierungsmahnmal tragen hoffentlich dazu bei, die Erinnerung an diese Vergangenheit wachzuhalten.